

1 Antrag an die LDV

2 Antragsteller: Vorstandsbereich Grundsatzfragen

3

#### 4 **Bundeswehr und Schule: Die erneuerte Kooperationsvereinbarung ersatzlos kündigen**

5

6 Die GEW setzt sich dafür ein, dass der in Öffentlichkeit und Politik energisch betriebenen  
7 Rehabilitierung und Stärkung des Denkens in militärischen Kategorien Einhalt geboten wird. Das ist  
8 besonders wichtig in einer Zeit, in der sich die verheerenden Folgen einer weltweit militarisierten  
9 Politik an weltweit 60 Mio. Flüchtlingen und an nicht versiegenden Menschenströmen nach Europa  
10 und Deutschland zeigen.

11 Deshalb fordert die GEW Baden-Württemberg in Übereinstimmung mit ihren Beschlüssen C5 und C6  
12 von 2012, dem GEW-Gewerkschaftstagsbeschluss „Lernen für den Frieden“ von 2013, dem Beschluss  
13 des DGB-Bundeskongresses 2014 U 007 „Friedenspolitik“ sowie dem LV-Beschluss vom 06.12.2014  
14 die ersatzlose Kündigung der am 14.08.2014 unterschriebenen überarbeiteten Fassung der  
15 Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr. Denn sie räumt der  
16 Bundeswehr das Privileg eines vertraglich abgesicherten Zugangs zu Schule sowie Lehrer/innenaus-  
17 und -fortbildung ein und überträgt den Jugendoffizier/innen als Hauptauftrag, „über die zur  
18 Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik“ in der Schule zu informieren und insbesondere  
19 Kenntnisse „zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ (Zitate aus der  
20 Kooperationsvereinbarung) zu vermitteln.

21 Die GEW fordert dagegen, dass diese Aufgabenpalette in ihrer ganzen Breite bei den Lehrkräften  
22 bleiben muss und deren Aus- und Fortbildung so zu verbessern ist, dass sie das Kontroversitätsgebot  
23 des Beutelsbacher Konsenses auch in einem immer stärker militärgeneigten medialen Umfeld  
24 erfüllen können.

25 Die GEW unterstützt weiterhin finanziell und durch tatkräftige Mitarbeit die Kampagne „Schulfrei für  
26 die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“, deren Hauptziel die ersatzlose Kündigung der  
27 Kooperationsvereinbarung ist.

28

#### 29 **Begründung**

30 Die erneuerte Kooperationsvereinbarung bleibt inakzeptabel, auch wenn in ihr die ausformulierten  
31 Verfahrensregelungen getilgt sind, mit denen in der CDU-Fassung von 2009 den Jugendoffizier/innen  
32 größerer Einfluss auf die Lehrer/innenaus- und -fortbildung gesichert werden sollte, auch wenn jetzt  
33 für jede/n Referendar/in und jede/n Anwärter/in der Besuch aller Seminarveranstaltungen mit  
34 Beteiligung der Jugendoffizier/innen ausdrücklich freiwillig ist, auch wenn allein die einzelne  
35 Lehrkraft, auch die einzelne Lehrkraft in Ausbildung, darüber entscheidet, ob sie die Angebote der/s  
36 Jugendoffiziers/in für ihre Klasse in Anspruch nehmen will oder nicht. Diese Verbesserungen können  
37 nicht darüber hinwegtäuschen, dass – außer der Wirtschaft mit ihren Vereinbarungen über den  
38 Ausbau bzw. die Weiterentwicklung „von Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und  
39 Unternehmen in Baden-Württemberg“ von 2008 und 2012 – keiner anderen Institution oder  
40 Interessengruppe ein solch vertraglich abgesicherter Zugang zur Schule und Lehrer/innenaus- und -  
41 fortbildung gegeben wird.

42 Auch die neue Kooperationsvereinbarung erleichtert es, für die zunehmend militärisch grundierte  
43 offizielle Außen- und Sicherheitspolitik zu werben. Angesichts der massiv verstärkten  
44 Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, angesichts des inzwischen in den Medien unbestritten als

45 notwendig dargestellten Einsatzes der Bundeswehr in aller Welt (14 Auslandseinsätze, Stand:  
46 03.11.2015), angesichts der speziell für das „Themenfeld der Friedens- und Sicherheitspolitik“  
47 (Kooperationsvereinbarung 2014) gut ausgebildeten hauptamtlichen Jugendoffiziere ist es unbedingt  
48 erforderlich, die Lehreraus- und -fortbildung in puncto „Friedensbildung“ schnell und nachhaltig so zu  
49 verbessern, dass das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses zuverlässig erfüllt werden  
50 kann.

51 Info:

52 In der 2010 gegründeten Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“  
53 arbeiten derzeit mit: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)  
54 Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisierung, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-  
55 Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
56 Baden-Württemberg, Ökumenisches Netz Württemberg, Offenes Treffen gegen Krieg und  
57 Militarisierung Stuttgart, Pax an – die Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und  
58 Völkerverständigung e.V., Die AnStifter, das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee, die  
59 Pressehütte Mutlangen, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und die Vereinigung der  
60 Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg.  
61 Die Kampagne wird unterstützt von: DGB Nordwürttemberg, Grüne Jugend Baden-Württemberg,  
62 terre des hommes Deutschland e.V. Arbeitsgruppen Freiburg, Stuttgart, Tübingen und Ulm, UstA PH  
63 Freiburg, UstA PH Schwäbisch Gmünd, ver.di Landesverband Baden-Württemberg, Die Linke Baden-  
64 Württemberg. Sie wird im Schuljahr 2015/16 gefördert durch die Bewegungstiftung.